

Gewerkschaftliche Rundschau

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen,
Mitglied des Gesamtverbandes der chriftl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr. 3	Erscheint alle 14 Tage. Durch die Post bezogen vierteljährlich 36.00 Mk.	Köln, den 3. Februar 1923.	Hauptgeschäftsstelle: Venloer Wall 9. Fernspr. Anno 8538. Postfach-Konto Köln 18937.	II. Jahrg.
-------	--	----------------------------	--	------------

für Einigkeit und Recht und Freiheit!

Verbandsmitglieder!

Furchtbar waren die Opfer und Leiden des Weltkrieges. Unerträglich für ein freies Volk die Bedingungen des Friedensvertrages. Durch die Besetzung des Ruhrgebiets soll nunmehr das deutsche Volk vollends auf die Knie gezwungen werden. Mannhaft und fest haben bisher alle Kreise sich gegen die neuen Bedrückungsversuche zur Wehr gesetzt. Gestützt auf unser gutes Recht lehnten die deutschen Männer, Arbeitgeber wie Arbeiter, Angestellte und Beamte es ab,

Wir wenden uns gegen jede Willkür und Gewalt und fordern unser gutes

Recht.

Wir lehnen es ab, uns als Lohnslaven behandeln zu lassen und verlangen als freie deutsche Männer die Möglichkeit, ohne militärischen Zwang zu arbeiten und in

Freiheit

zu leben.

Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden! In ganz Deutschland und darüber hinaus sind Sammlungen eingeleitet zur Unterstützung des so arg bedrängten Volkes an Rhein und Ruhr. Da wollen auch wir nicht zurückstehen, zumal auch Tausende unserer Verbandskollegen in Mitleidenschaft gezogen sind. Darum fordern wir unsere Verbandsmitglieder auf, alle ohne Ausnahme ein Scherflein beizutragen zur Binderung der Not. In dem Zweck gehen den Ortsgruppen Sondermarken zu mit dem Aufdruck: Einigkeit, Recht, Freiheit. Jede Marke kostet 200 Mark. Wir eruchen unsere Mitglieder, mindestens einen Stundenverdienst für diesen Zweck zu spenden. Gebe Jeder schnell und freudig und soviel in seinen Kräften steht. Helft alle den bedrängten Volksgenossen. Zeigt, daß ihr hinter ihnen steht und sie schützt und stützt im heiligen Kampfe um

Frohndienste für fremde Eroberer

zu leisten. Viele sind dieserhalb verhaftet, mit Geld oder Geiseln bekräftigt, oder gar mit ihren Familien plötzlich der Heimat verwiesen worden.

Ungeahnte Ausmaße hat die Terrorierung im besetzten Gebiete angenommen. Jetzt plant man gar noch die wirtschaftliche Abschneidung des besetzten Gebietes vom unbesetzten Deutschland

durch eine Zollgrenze. Die Gefahr einer schweren Erschütterung oder gar völligen Lahmlegung des deutschen Wirtschaftslebens ist in greifbarer Nähe gerückt. Darunter wird die Arbeitnehmerschaft am stärksten zu leiden haben.

Umso mehr gilt es jetzt, die

Einigkeit

zu wahren und hochzuhalten. Alles Trennende hat in den Hintergrund zu treten.

Einigkeit und Recht und Freiheit.

Der Zentralvorstand.

J. A. Dedendach.

Ein ernstes Wort zu den Betriebsratswahlen.

Ein erheblicher Teil der deutschen Arbeiter befindet sich zur Zeit in einer wenig erfreulichen Geistesverfassung. Der Druck der wirtschaftlichen Not, der auf unserem Volke lastet, hat anscheinend auch die geistige Einstellung stark beeinflusst.

Radikalismus und Indifferentismus

haben in der deutschen Arbeiterschaft starken Eingang gefunden. Sie bedrohen nicht nur den sozialen Fortschritt der Zukunft, sondern wirken auch zerstörend auf das in der Vergangenheit für die Arbeiterschaft Erreichte. Während der Radikalismus keinen anderen Ausweg aus den Nöten der Zeit kennt, als alles zu zerschlagen, glaubt der Indifferentismus der Arbeit-

erschaft empfehlen zu müssen, nichts zu tun, da „ja doch alles Tun vergeblich“ sei.

Mit einer solchen geistigen Einstellung erreicht die Arbeitnehmerschaft nicht ihr Ziel, befreit sie sich nicht aus den Fesseln wirtschaftlicher und seelischer Not. Nur der Glaube an den Sieg des Guten, an dessen allmähliche Durchsetzung, an die Notwendigkeit intensiver Arbeit, verleiht das, was der Arbeiterschaft zu ihrem Ziele frommt: den Willen zur Tat, den Willen zu treuer Pflichterfüllung und zum Ausharren in mühevoller Tätigkeit.

Wer dem Radikalismus oder dem Indifferentismus verfallen, der ist der beste Helfer von

Scharfmachertum und sozialer Reaktion.

Man sehe sich nur einmal um, und überall findet man, daß die Scharfmacher sich als die Herren der Situation gebärden. In

sehr weitem Maße zeigt sich im Arbeitnehbertum ein Mangel an sozialem Verständnis, zeigt sich der Wille, alle sog. „sozialen Errungenschaften“ der Arbeiter zu beseitigen.

Die Verhandlungen über die Lohngestaltung werden von Tag zu Tag schwieriger und für die Arbeiter unergiebig; die Frage der Arbeitszeit löst, wenn vom Achtstundentag die Rede ist, nur noch auf ein mittelbeisvolles Nücheln. Ganz besonders aber richtet sich das Scharfmachertum in seinen Bestrebungen

gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Wirtschaft.

In der schärfsten Weise wird der Kampf geführt gegen das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. Die Vorheiten radikaler Arbeitervertreter werden dabei zum Vorwand genommen. Aber den Radikalis-

mus nimmt man vielfach zum Vorwand, um auch die vernünftigen Arbeiter zu entreden. Ein Vergernis ist bei den Scharfmachern alles, was deren Kleinherrschaft hinderlich ist. Man will wieder, wie es früher hieß: „herr im Hause sein“. Und diesem Wollen arbeiten Radikalismus und Indifferentismus in der Arbeiterschaft geradezu in die Hände.

Wer magt etwa zu behaupten, daß die antisozialen Strömungen so stark geworden wären, wenn die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit mit kühlem Verstand und warmem Herzen das tut, was ihr frommt!

Niemals wird es möglich sein, der Arbeiterschaft den Aufstieg und den Weg zur Gleichberechtigung zu versperren, wenn sie in gleicher Weise

Gewerkschaften und Betriebsräten

die Treue hält. Aber hier fehlt's. Statt der gemeinsamen Arbeit sieht man zuviel an Kritik, die die gutgemeinte Tätigkeit verleidet, steht Teilnahmslosigkeit und Verzagttheit! So aber kommen wir nicht zum Ziel.

Was nun tut, ich klare Erfassung der Aufgaben der Arbeiterschaft. Nicht Schlagworte gegen den Kapitalismus, nicht die Forderung der Sozialisierung der Wirtschaft verbessern ihr Los! Es muß die Einsicht kommen, daß nur aus der Mitbestimmung in der Wirtschaft durch die Arbeiterschaft dieser das erwächst, was sie sucht: Der Kampf gegen den Kapitalismus muß einmünden in die Indienststellung des Kapitals für eine den sittlichen Ansprüchen gerecht werdende Wirtschaft. Der Kampf um die Wirtschaft darf nicht sein ein Zerklagen der Wirtschaft, sondern ein Mitbestimmenwollen. Niemals aber ist die Wirtschaft zu beherrschen durch die Eringung der äußeren Macht. Die Beherrschung der Wirtschaftsprobleme ist in stärkster Nähe einer Frage des geistigen Könnens. Das geistige Können, aber kann nicht erkämpft, sondern nur erarbeitet werden.

Die Betriebsratsmitglieder

sind die Vertreter der Arbeiter, die in erster Linie in der praktischen Erfahrung das Rüstzeug gewinnen müssen, mittels dessen die Wirtschaft zu versittlichen ist und das Wohl der lohnarbeitenden Menschheit gefördert werden kann. Wer die Arbeit der Betriebsräte nicht schätzt und nicht schätzt, wer keinen Anteil daran nimmt oder wer zuläßt, daß ungeeignete Arbeitervertreter tätig sind, der verflüchtigt sich an den

Interessen seines Standes.

Von heute auf morgen kann auch kein Betriebsrat die Menschheit glücklich machen. Aber wo im Betriebsrat sich erster Wille mit solidem Können paart, da wird dem Fortschritt der Weg bereitet. Langsam nur geht in der Menschheitsgeschichte die Entwicklung weiter und langsam nur führt auch die Betriebsratsstätigkeit zum erstrebten Ziel. Das ist immer zu bedenken.

Wer aber den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Arbeiterschaft will, wer nicht zu jenen zählen mag, die in gelibiger Trägheit verfunken „Gottes Wasser über Gottes Land laufen lassen“, der bringe seine Tätigkeit nicht mit der Kritik an den Betriebsräten, sondern wirke bereits mit bei deren Wahl.

Wer nicht wählt, der ist mitschuldig, wenn zunächst der Abbau der Betriebsräte verlangt und mit dem geringen Interesse der Arbeiter an den Wahlen begründet wird.

Wer nicht wählt, der ist mitschuldig, wenn der Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen wird, sich die in der Betriebsratsstätigkeit gesammelten Kenntnisse anzueignen und damit zur wirklichen Wirtschaftsbefeherrschung zu kommen.

Bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen kann so für jeden klarsehenden Arbeiter nur die Parole gelten, die den sicheren sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg verbürgt.

Wer will, daß Charakterfestigkeit und Wirtschaftswissen den Betriebsräten eigen sein sollen, wer will, daß Arbeit und Kapital in den Dienst des Gemeinwohls gestellt werden, wer will, daß die Arbeiterschaft mitbestimmende Trägerin der Wirtschaft werden soll, der wähle

die Listen der christlichen-nationalen Arbeiterbewegung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Umgestaltung der häuslichen Betriebe.

I.

Nur unter den größten Anstrengungen, in jahrzehntelanger Arbeit, war es in den letzten 50 Jahren möglich, die sogenannten gemeinnützigen Betriebe; Licht-, Kraft- und Wasserwerke, Straßenbahnen, Hafensbetriebe usw., wenn auch nicht reiflos, dann doch zu einem guten Teile in die öffentliche Hand zu überführen. Der Grundlag der liberalen Wirtschaftstheorie, Reich, Staat und Gemeinde haben sich nicht in das Wirtschaftsleben einzumischen, wurde durchbrochen. Die Gleichberechtigung aller Betriebsformen wurde anerkannt. Der Forderung der liberalen Wirtschaftslehre alle wirtschaftlichen Unternehmungen der Initiative der Privatpersonen zu überlassen, trat die Forderung nach Sozialisierung der Produktionsmittel gegenüber und setzte sich, soweit es sich um Betriebe handelte, die einen gewissen Monopolcharakter trugen, auch durch. Der objektive Beobachter mußte die Tatsache anerkennen, daß die Regiebetriebe hinsichtlich der Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben, in ihrer Preispolitik, wie auch in der Erfüllung ihrer sozialen Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitnehmern, wenn weisliche Männer an der Spitze der Gemeinden und der Betriebe selbst standen, den Privatbetrieben in nichts nachzustehen brauchten. Als eine sehr willkommene Entlastung wurden von der gesamten Bürgerschaft die Uoberschüsse der gewerblich werdenden Betriebe, bei der Aufbringung der gemeindlichen Lasten empfunden. Selbst dort, wo aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse für einzelne Unternehmungen in der ersten Zeit geleistet werden mußten, wurden sie freudig getragen, da das gesamte Wirtschaftsleben einer Stadt sehr stark durch diese Betriebe befruchtet wurde.

Gewiß hat es in dieser Zeit auch Mängel gegeben. Das Kapital befürchtete eine Einengung seiner Betätigungsmöglichkeit und um seinen Einfluß. Vielfach mag auch der mangelnde geschäftliche Wagemut der Gemeinden, Wirkungen ausgelöst haben, die nicht gerade eine Empfehlung des Regiebetriebes bedeuteten. Insbesondere wurde die Verwirklichung der sozialen Ideen in den Regiebetrieben be-

fürchtet. Die heutige jüngere Arbeitnehmerschaft hat gar keine Kenntnisse von den Kämpfen, die noch vor 10 und 15 Jahren um soziale Fortschritte geführt werden mußten, die heute als eine Selbstverständlichkeit erscheinen.

Einen mächtigen Schritt weiter wären wir auf diesem Gebiete gekommen, wenn nicht der Krieg und Friedensvertrag dieser Entwicklung fast unübersteigbare Hindernisse bereitet hätte. Die mit der politischen Revolution auflebende härtere Strömung nach Sozialisierung trug mehr den Charakter einer künstlich geschaffenen Situation, wie einer organisch gewachsenen, sozialen Neu- und Umbildung der Formen der Wirtschaft und der Produktion. Monatelang stand das Schlagwort der Vollsozialisierung im Vordergrund der öffentlichen Auseinandersetzungen, um aber in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder in den Hintergrund zu treten. Die praktischen Ergebnisse dieser Bewegung sind gleich null. Es kreissten die Berge und haben ein Räuseln geboren. Der Zusammenbruch der deutschen Währung als eine Folge des Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft, infolge Krieg und Friedensvertrag, stellte die gemeinnützigen Betriebe vor andere Aufgaben, als die ihre Betriebsform prinzipienhalber zu ändern. Die Erfüllung der ihnen gestellten volkswirtschaftlichen Aufgaben, ja die Erhaltung der Betriebe selbst mußte ihre erste Sorge sein. Vielfach zeigten die Gemeinden auch gar keine Neigung die bisher in der privatwirtschaftlichen Form betriebenen Unternehmungen in eigene Regie zu übernehmen. Vielmehr das Gegenteil trat ein. Die Entwicklung ging nicht mehr den bisher gewohnten, sondern den entgegengesetzten Weg. Regiebetriebe gingen in eine dem Privatbetriebe nachgebildete Gesellschaftsform über.

Wenn man den Ursachen dieser Erscheinung nachgeht, zeigt sich folgendes Bild. Sämtliche gemeinnützige Betriebe können, auch wenn sie Monopolcharakter haben, in ihrer Preis- oder Tarifpolitik der wahren Geldbewertung nicht schnell genug folgen. Die Ausgaben steigen schneller und stärker wie ihre Einnahmen. Ein Ausgleich dadurch zu schaffen, daß sie ein Teil ihrer Leistungen und Lieferungen sich mit Halutapreisen bezahlen lassen, wie es der Handel und die Industrie tun kann, ist bei der Struktur der Unternehmungen die hier in Frage kommen, nicht möglich.

Preise und Tarife fanden ihre Grenze an der Kaufkraft der breiten Masse. Eine fühlbare finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ist bei der jetzigen Finanzlage des Reiches, des Staates und der Gemeinden einfach nicht möglich. Die sogenannten Zuschußbetriebe, wie Krankenanstalten, Gärten, Anlagen und Friedhöfe, Wegebau, Straßenreinigung usw. die ihrer Natur nach die Unkosten durch Gebühren usw. selbst in normalen Zeiten nicht aufbringen können, belasten heute manche Stadt derart, daß eine Einschränkung, oder gar eine Einstellung beschlossen werden mußte.

Dagegen sollen die sogenannten werbenden Betriebe, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw. zu mindest sich selbst tragen und teilweise darüber hinausgehend zur Deckung der übrigen Unkosten Beiträge leisten. Eine gewisse Notwendigkeit liegt hierzu vor. Die alte Haupteinnahmequelle der Gemeinde: der Zuschlag zur Einkommensteuer ist ihnen genommen und die übrigen Steuerrechte sind an gewisse Schranken gebunden.

Wie aber können die gewerblichen, werbenden Betriebe ergiebiger gestaltet werden? Diese Frage steht heute im Vordergrund der Erörterung. Ueber die Notwendigkeit hierzu

und sich alle einig, nur über das wie gehen die Meinungen sehr weit auseinander.

In einer Sitzung des Arbeitsausschusses des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, die unlängst in Ulm stattfand, beschäftigte man sich mit dieser Angelegenheit. Der Referent Herr Direktor Hente führte zu der Amalgamation kommunaler Betriebswerke etwa folgendes aus:

Aus der Entwicklungsgeschichte der Werke ist festzustellen, daß bei der Uebernahme an die Städte ihre Verwaltung in die damals bereits bestehende Kommunal-Verwaltungsform gekehrt wurde, ohne daß diese bestehende Form Rücksicht auf die Eigentümlichkeiten der Werke nehmen konnte. Der Fehler wurde auch in der Vorkriegszeit schon von Fachleuten erkannt, wenn er auch nicht so scharf bei den damals günstigen Verhältnissen hervortrat. Nunmehr ist jedoch die Notwendigkeit, die Werke selbstständig zu machen, aus anderen Gründen zwingend geworden.

Als erster Grund wäre zu nennen: wirtschaftlich geleitete Werke haben ihre Angestellten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten auszuwählen und zu besolden, auf sie paßt eine Besoldungsordnung mit ihrem Zwange, wie sie sonst heute notwendig ist, nicht. Die heutigen Verhältnisse erfordern Höchstleistungen, und diese werden nicht möglich sein, wenn die letzte Entscheidung über entstehende Fragen bei einem Kreise von Personen liegt, der nicht aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus berufen ist. Die zweite Forderung muß daher sein, daß nur Persönlichkeiten, welche fest im Wirtschaftsleben stehen und nur von wirtschaftlichen Momenten sich leiten lassen, den letzten Entscheid bei Entschlüssen über die Werke haben.

Der dritte, heute für die Vervollständigung sprechende Grund ist die ungeheuer ernste Frage der richtigen Tarifpolitik, die Feststellung der möglich abzuführenden Ueberschüsse und der notwendigen Rückstellungen sowie die Beschaffung neuen Kapitals. Die Erfahrungen zeigen uns, daß bei diesen Fragen heute bei kommunaler Verwaltung nicht immer wirtschaftlich gearbeitet worden ist, und dann wird ernstlich die Frage zu prüfen sein, ob die Kommunen in der Zukunft das notwendige Kapital werden beschaffen können.

Die Wege, welche zur Zeit versucht werden, bestehen darin, daß man die Werke in eine Anstalt öffentlichen Rechts oder in eine Aktien-Gesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung umwandelt, an der nur kommunales Geld beteiligt ist, aber man geht weiter, zieht Privatkapital mit heran und gründet sodann Anstalten privaten Rechts, wie sie die Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung darstellen. Eine Sonderform der letzteren Unternehmungen ist die von Herrn Oberbaurat Heß entworfene Form der Zwilling-Gesellschaft, welche nach ihrer ganzen Zusammenlegung dahin strebt, kommunale Einflüsse zu beschaffen, aber in der wirtschaftlichen Fragen nur wirtschaftliche Gründe entscheiden zu lassen.

Die hier in Vorschlag gebrachte Lösung, kann, obwohl sehr beherzigenswert, uns doch nicht befriedigen.

Fortf. folgt.

Vollwirtschaftliches und Soziales.

Ruhebewegung und Verteuerung der Lebenshaltung.

Was alle unbefangenen Volkswirtschaftler von vorneherein behauptet haben, nämlich, daß mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet, die deutsche Währung fast zusammenbrechen und damit

Deutschlands Zahlungsfähigkeit noch weiter herabgedrückt und fast vernichtet würde, ist buchstäblich eingetroffen. Der Dollar, der Ende Dezember so um die 8000 hin und her pendelte, fiel mit einem Schläge innerhalb ein paar Tage auf 80 000.

Die Folge davon ist eine weitere, ganz erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung, in einem Umfange, wie wir es bisher doch noch nicht kannten.

Die auf den Stichtag, 15. Januar, errechnete Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamtes ist von dem 1870fachen am 5. Januar auf das 2181fache gegenüber dem Vorkriegsstand oder um 27,8 v. H. am 15. Januar gestiegen. In dem gleichen zehntägigen Zeitraum haben die Preise der vorwiegend im Inland erzeugten Rohstoffe (Inlandswaren) vom 1472fachen auf das 1894fache oder um 28,8 v. H., die der Einfuhrwaren von dem 2880fachen auf das 3316fache oder um 24,7 v. H. angezogen. Der Preisstand der Lebensmittel hob sich von dem 1311fachen auf das 1703fache oder um 25,9 v. H., das der Industriestoffe von dem 2343fachen auf das 2931fache oder um 25,1 v. Hundert.

Und diese Steigerung fast innerhalb einer Woche. Es scheint fast, als ob die Welt nicht mehr von vernünftig denkenden Menschen, sondern von ehrgeizigen, fanatischen Idioten regiert würde.

~~~~~  
 Eine Grenze hat Tyrannenmacht,  
 Wenn der Gedrückte nirgends Recht  
 kann finden,  
 Wenn unerträglich wird die Last —  
 greift er  
 hinauf getrosten Mutes in den Himmel  
 Und holt herunter seine ew'gen Rechte,  
 Die droben hängen unverwundlich.  
 Schiller in „Wilhelm Tell“.

### Die Zukunft unserer Wirtschaft.

Im Reichswirtschaftsministerium hatten am 13. Januar die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, Genossenschaften, der Industrie, des Handels und des Handwerks eine Aussprache über unsere Wirtschaftslage. Die durch die Besetzung des Ruhrgebietes verschärfte wirtschaftliche Notlage und die etwa zur Abhilfe und Linderung zu treffenden Maßnahmen standen in erster Linie zur Erörterung. Der Reichswirtschaftsminister betonte, daß das gewaltsame Vorgehen der Franzosen und Belgier leider den Preisen des Lebensbedarfes der Bevölkerung die Tendenz zu weiterem Steigen geben werde. Diese Entwicklung werde umso fühlbarer werden, als wir infolge Erhöhung der Kohlenpreise vor einer weiteren Preiswelle in unserer gesamten Gütererzeugung ständen. Es müsse das Bestreben aller in der Wirtschaft tätigen Kreise sein, dafür zu sorgen, daß die Lebensbedingungen des Volkes nicht über das durch die unabwendbaren von außen kommenden Ereignisse bedingte Maß hinaus verschlimmert würden. Hierzu erbitte er die Mitarbeit der Spitzenverbände und ihren zur Besonnenheit und Mäßigung mahnenden Einfluß auf ihre Mitglieder draußen im Land. Die Reichsregierung lege auf eine enge Zusammenarbeit mit allen Wirtschaftskreisen gerade jetzt besonderes Gewicht. In mehrstündiger Aussprache trugen die berufständischen Vertreter ihre Wünsche und Anregungen vor, die sich insbesondere erstreckten auf: die Warenpreisbildung sowie deren Ueberwachung und Beeinflussung, die Erwir-

lung der Frachtarifserhöhungen auf die Preise, die Ausländer- und die Kartellfrage, die Möglichkeiten der Hebung der Produktion durch Mehrleistung an wichtigen Stellen oder Umschichtung der Arbeitsbevölkerung. Das neben wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch kleinere Maßnahmen mit psychologischer Auswirkung (z. B. Vorgehen gegen die Schlemmerel) nicht außer acht zu lassen. Der Reichswirtschaftsminister versprach, bei den praktischen Maßnahmen der Reichsregierung die Anregungen in Erwägung zu ziehen. Die Gewerkschaften werden ihren ganzen Einfluß aufzubieten haben, daß den Erwägungen auch die Taten folgen.

### Der Achtfundentag

wie er von außen sich ansieht und was er in Wirklichkeit ist, kenntlich im Hochschulblatt der Frankfurter Zeitung ein Werkstudent, der gezwungen ist, während der Ferien sich seinen Lebensunterhalt durch Handarbeit zu verdienen, wie folgt:

„Allen denen, die vom grünen Tisch oder vom Sofa aus den Achtfundentag als ungenügend erklären und den Arbeiter als Faulenzer ansehen, der möglichst wenig arbeiten und viel verdienen wolle, kann nicht warm genug empfohlen werden, einmal eine Woche lang die Kramphaue oder die Sacklares in die Hand zu nehmen und acht Stunden täglich mitzuarbeiten. Dann reicht auch die mühsame Bezahlung, von der er in seinen Zeitungen so viel hört, vielleicht gerade, um den Hunger zu stillen, den er abends von der Arbeit mitbringt, und Zimmer und Beheizung zu bezahlen.“

Wie ein Arbeiter, der Frau und Kinder zu Hause hat, sich durchbringen kann, empfindet der Student nun selbst als ungelöstes Rätsel. Wert alle die, die heute so schnell im Handumdrehen die schwierige Frage des Achtfundentages lösen zu können vorgeben, anstrengende Körperliche Arbeit eine gewisse Zeitlang selbst geleistet hätten, kämen wir jedenfalls schneller zu einer praktischen Lösung der Arbeitszeitfrage, wie es heute der Fall ist.

## Rohbewegungen und Tarifverträge.

### Die Löhne der Gemeindegewerkschaften am 31. Dez. 1922.

Nach einer Zusammenstellung des Arbeitgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, veröffentlicht in der letzten Nummer der Zeitschrift dieses Verbandes, betrug der Stundenlohn (Spitzenlohn) eines ledigen Handwerkers am 31. Dezember 1922:

| Frauen-<br>Löhne<br>zulagen | Im Bezirk             |                        |
|-----------------------------|-----------------------|------------------------|
|                             | M                     | F                      |
|                             | Rheinland-Westfalen   | 345,— 10,— 12,50       |
|                             | Freistaat Sachsen     | 808,— 7,— 12,—         |
|                             | Bayern                | 803,11 16,82 48,—      |
|                             | Niederelbe            | 362,34 15,— 20,—       |
|                             | Mitteldeutschland     | 280,— 10,— 10,—        |
|                             | Besetzte Rheinprovinz | 847,— 7,50 15,00       |
|                             | Württemberg           | 800,— — 5,75           |
|                             | Baden                 | 528,70 5,— 8,—         |
|                             | Hannover              | 247,— 10,— 10,—        |
|                             | Schleswig-Holstein    | 280,— 10,— 15,—        |
|                             | Hessen-Rhassau        | 265,— 12,— 12,—        |
|                             | Ostpreußen            | 258,50 7,50—13,50 10,— |
|                             | Thüringen             | 280,— 8,— 8,00         |
|                             | Reg.-Bezirk Breslau   | 265,— 10,— 15,—        |
|                             | Freistaat Hessen      | 350,— 10,— 10,—        |
|                             | Reg.-Bezirk Magdeburg | 250,— 10,— 15,—        |
|                             | Pommern               | 254,— 15,— 20,—        |
|                             | Nordwestdeutschland   | 326,— 14,60 20,—       |
|                             | Rhein-Ravensberg      | 295,— 8,— 10,—         |

|                   |        |       |       |
|-------------------|--------|-------|-------|
| Mecklenburg       | 216,—  | 15,—  | 20,—  |
| Oldenburg         | 240,—  | 12,—  | 12,—  |
| Niedersachsen     | 248,80 | 15,—  | 20,—  |
| in Rdn            | 319,90 | 20,—  | 30,—  |
| Breslau           | 299,—  | 450,— | 13,60 |
| Frankfurt am Main | 350,—  | 10,—  | 10,—  |

Inzwischen sind die Löhne, entsprechend der steigenden Geldwertung, weiter gestiegen. Obige Zusammenstellung läßt aber die Unterschiede in der Entlohnung in den einzelnen Bezirken und Städten genau erkennen. Insbesondere fällt der starke Unterschied bei den Kinder- und Frauenzulagen auf.

## Wegewärter.

Die Januarlöhne der westfälischen Provinzial-Strassenwärter.

Am 18. Januar fanden in Münster die Verhandlungen statt. Nach langen schwierigen Verhandlungen kam schließlich eine Einigung auf folgender Grundlage zustande.

Die Tagelöhne der Strassenwärter stellen sich hiernach wie folgt: Für die Zeit vom

1. bis 15. 1. 23. Ab 16. bis 31. 1. 23.

| Ortsklasse | Ortsklasse |
|------------|------------|
| A: 2295 M  | A: 2680 M  |
| B: 2235 M  | B: 2610 M  |
| C: 2175 M  | C: 2540 M  |
| D: 2115 M  | D: 2470 M  |
| E: 2055 M  | E: 2400 M  |

Das entspricht einer Lohnerhöhung von 23% Prozent für die 1. Hälfte und einer weiteren Lohnerhöhung von 17 Prozent für die zweite Hälfte.

Die Frauenzulage beträgt ab 1. Jan. 1923 110 M pro Tag. Die Kinderzulage in Ortsklasse A: 130 M, B: 120 M, C, D, E: 110 M pro Tag. Darüber hinaus machte die Verwaltung die Zulage, über die Januarlöhne nochmal zu verhandeln, wenn infolge weiterer Geldwertung auch die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter eine Änderung erfahren.

In Anbetracht an die Lohnverhandlungen fand eine Aussprache zwischen dem Betriebsrat und den Verbandsvertreter statt, bei der die Beiträge für den Monat Februar zu den Bauämtern Bochum, Dortmund, Hagen und Siegen auf 250 M, und in den Bauämtern Münster, Baderborn, Soest, Bielefeld und Meschede auf 230 M festgesetzt wurden. Diese Beiträge entsprechen den für Januar gezahlten Löhnen.

Der letzte Lohnabschluß für die Strassenwärter der Provinz Hannover.

Die Verhandlungen mit der Provinzialverwaltung, um die Löhne der Teuerung anzupassen, gestalteten sich immer schwieriger. Für den Monat Januar wurden dieselben wie folgt festgelegt:

Ortsklasse I: 1850 M, Ortsklasse II: 1750 M, Ortsklasse III: 1650 M, Ortsklasse IV: 1500 M. Kindergeld 100 M und Hausstandsgeld 70 M pro Tag. Zu Anfang eines jeden Monats wird eine Abschlagszahlung in Höhe von 80 Proz. des Lohnes geleistet. Ein weiterer Fortschritt ist darin zu erblicken, daß nunmehr das Arbeitsgerät geliefert wird.

Wenn bisher die Kollegen Strassenwärter in etwa einen Ausgleich zwischen der Teuerung und ihrem Einkommen gefunden haben, dann verbantem sie dieses lebendig ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Soll diese aber auch in den vor uns stehenden schweren Zeiten ihrer Aufgabe gewachsen zeigen, müssen

allerorts die vorgeesehenen jahungsgemäßen Beiträge in ihrer vollen Höhe geleistet werden. Jede Sparbarkeit am falschen Ende rächt sich ganz bestimmt an den Mitgliedern selbst in recht fühlbarer Weise.

## Aus den Bezirken und Ortsgruppen.

Trier. Am Sonntag, den 21. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Von Seiten des Zentralvorstandes war der Zentralvorstehende Kollege Dedenbach erschienen. Den Geschäfts-, Tätigkeits- und Kassenbericht erstattete Kollege Felten und war daraus zu ersehen, daß die Ortsgruppe Trier im verflohenen Jahre recht ersporsreiche Arbeit geleistet hat. An Beiträgen wurden insgesamt 362 514,10 M vereinnahmt und an die Hauptkasse 304 286,70 M abgeführt. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 58 197,95 M und die Ausgaben 49 074,46 M. Die Beitragshöhe betrug im Januar 6 M und im Dezember 200 M pro Woche. Zu verzeichnen war, daß die Mitglieder dem vorgeschriebenen Beitrag bereitwillig gezahlt haben und waren die Beiträge durcweg höher als die der Millale des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Trotzdem, daß unsere Beiträge höher waren, hielten die Mitglieder doch tren zum Verbands, weil sie wußten, daß gerade unser Verband für die Kollegenchaft bedeutende Vorteile geschaffen hat. Die Mitgliederzahl belief sich am Laufe des Jahres auf 383 und ist am Schlusse des 4. Quartals auf 310 zurückgegangen infolge der Betriebs-einschränkungen und Entlassungen. An Neuaufnahmen waren 6 und an Uebertritten aus den soziald. Gewerkschaften 58 zu verzeichnen. Gestorben waren 2 Kollegen und wurde das Andenken durch Erheben von den Sihen geehrt. Die Wohnverhältnisse richteten sich nach dem Tarifvertrag der Gemeinden in der besetzten Rheinprovinz. Die Ortsgruppe ist in allen sozialen Körperschaften durch Mitglieder vertreten. In der darauffolgend-n Diskussion wurde die Tätigkeit des Vorstandes dankend anerkannt und dem Kassierer und Gesamtvorstande Entlastung erteilt. Einzelne Diskussionsredner erwähnten die Mitglieder für die weitere Ausbreitung des Verbandes nach Kräften mitzuwirken. Der Zentralvorstehende Kollege Dedenbach dankte dem Vorstande und den Vertrauensleute für die mühevollen Arbeit die sie im Interesse der Kollegenchaft geleistet haben und richtete recht kernige Worte an die Mitglieder im neuen Jahre tatkräftig mitzuwirken. Aus der Wahl des neuen Vorstandes gingen einstimmig hervor: Als Vorsitzender Kollege Reiffenberg, als 1. Kassierer Kollege Felten und als 1. Schriftführer Kollege Nilolas. Zum Schlusse referierte Kollege Dedenbach über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften und die schlechte wirtschaftliche Lage unseres Deutschen Vaterlandes. Er forderte die Mitglieder auf zur tatkräftigen Mitarbeit im Verbands. Nur durch eine straffe und leistungsfähige Organisation werden wir den notwendigen Einfluß auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse erlangen. Die Ausführungen des Kollegen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Thierhaupten. Am 7. Januar fand eine gutbesuchte Versammlung der Fluhbauarbeiter statt, an der auch Kollegen der Ortsgruppe Herzberghofen teilnahmen. Kollege Auer, München, hielt einen Vortrag über die gegenwärtige Notlage und die Aufgaben der Gewerkschaften. Redner kam besonders auf die Verhältnisse der Fluhbauarbeiter zu sprechen, die nicht so rosig seien wie vielfach angenommen, wenn dieselben auch auf dem Lande wohnten. Ein Unrecht für die auf dem Lande befindlichen Staatsarbeiter sei die bestehende Ortsklasseneinteilung. Die Ortsklassen D und E hätten keine Berechtigung mehr und müßten überall, wie im besetzten Gebiete, baldigst verschwinden. Bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen müsse besonders

getrachtet werden, die sozialen Vergünstigungen für die städtigen Arbeiter zu verbessern. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage traten sämtliche 26 Anwesende in unseren Verband über und erklärten, die rückständigen Beiträge ab November nachzahlen zu wollen. Ab 1. Januar 23 beträgt der Beitrag 160 M pro Woche. Unser Verband hat damit im unteren Gebiete stark eingeseht. Die Kollegen werden es nicht zu bereuen haben.

## Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 4. bis 10. Februar ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

### Beitragsmarken.

Da einzelne Ortsgruppen ihre alten, nicht mehr gültigen Markenbestände immer noch nicht sofort an die Hauptgeschäftsstelle abliefern, hat der Zentralvorstand beschloffen, von jetzt ab diese nicht ordnungsgemäß abgelieferten Marken ihrem Nennwert entsprechend zu Lasten der Lokalkasse den betr. Ortsgruppen in Rechnung zu stellen.

### Beiträge.

Ortsgruppenvorstände und Einzelmitglieder müssen streng darauf achten, daß die Beiträge unter allen Umständen in der für ihre Ortsgruppe vorgeesehenen Höhe geleistet werden, da niedrigere Beiträge in Zukunft als nicht gezahlt erachtet werden Geldsendungen.

Alle Geldsendungen erfolgen auf unser Postkontokonto Nr. 18 937 Köln unter der Bezeichnung „Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, Köln, Benloerwall 9“. Zahlkarten mit der alten Verbandsbezeichnung „Zentralverband der Gemeindearbeiter und Strassenbahner Deutschland“ dürfen ebenfalls noch bis zum 1. April d. J. verwandt werden, später jedoch auf keinen Fall mehr. Änderungen der Aufschrift auf den Zahlkarten dürfen unter keinen Umständen vorgenommen werden. Bei Geldsendungen ist stets Ortsgruppe und Quartal, für welches die Zahlung bestimmt ist, anzugeben.

Der Zentralvorstand.

## Gedenktafel.



### Gestorben sind die Kollegen:

|                               |            |
|-------------------------------|------------|
| Franz Budefer, Baderborn      | 28. 11. 22 |
| Bernh. Fölling, Münster i. W. | 20. 12. 22 |
| Mich. Braun, Nürnberg         | 24. 12. 22 |
| Aug. Holte, Göttingen         | 25. 12. 22 |
| Joh. Forster, Nürnberg        | 29. 12. 22 |
| Franz Riebel, Münster i. W.   | 30. 12. 22 |
| Bernh. Wanden, Wachen         | 5. 1. 23   |
| Heinr. Böwer, Oberhausen      | 5. 1. 23   |
| Christ. Reuter, Bonn a. Rh.   | 12. 1. 23  |

### die Kollegin:

|                        |            |
|------------------------|------------|
| Marg. Dieb, Essen/Ruhr | 24. 11. 22 |
|------------------------|------------|

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

H. Widmann, Köln, Benloerwall 9.  
Druckerei: Volkswacht-Verlags, Köln, Domstr. 6.